

Tätigkeitsbericht des Gefangenenbeauftragten

anlässlich der Mitgliederversammlung am 29.10.2023

Meine fortlaufende Aufgabe besteht darin, auf die Korrespondenz von Inhaftierten an das Grundrechtekomitee zu reagieren. Die überwiegende Mehrheit der Anfragen erreicht uns nach wie vor auf dem herkömmlichen Postweg. Diese werden zunächst im Kölner Büro vorsortiert, wobei Anfragen nach Büchern oder Schreibmaschinen dann von meiner Kollegin Bettina Jung direkt vor Ort bearbeitet werden.

Seit der letzten Mitgliederversammlung habe ich etwa 180 Anfragen beantwortet. In einigen Fällen kannte ich die Absender bereits aus früheren, teilweise weit zurückliegenden Korrespondenzen, die ich im Rahmen meiner Tätigkeit für das Grundrechtekomitee seit Ende 2007 führe. Wie in der Vergangenheit schreiben uns viele Inhaftierte ohne ein spezifisches Anliegen, sondern in der Hoffnung, bei uns Gehör zu finden und ihren oft aufgrund schlechter Haftbedingungen aufgestauten Frust abzulassen. Insbesondere für Langzeitgefangene, die meist nur noch wenige oder gar keine externen sozialen Kontakte haben, ist das Grundrechtekomitee einer der wenigen verbleibenden Anlaufpunkte.

Bei 'inhaltlichen' Anfragen muss ich bedauerlicherweise oft freundlich antworten, dass wir den Absendern mit unseren begrenzten Mitteln nicht weiterhelfen können. Dies gilt beispielsweise für Bitten, das zugrunde liegende rechtliche Verfahren zu überprüfen und Unterstützung bei einem Wiederaufnahmeverfahren zu erhalten. Ebenso konnte ich den Wünschen nicht nachkommen, Laborbefunde aus Drogenkontrollen zu überprüfen oder einem Inhaftierten zu helfen, private Wäsche für seinen vierwöchigen Transport mitzunehmen.

In den Fällen, in denen konkrete Unterstützung möglich ist, erfolgt diese in der Regel auf niedrigschwellige Weise, beispielsweise durch die Beschaffung von Informationen wie Kopien von Gesetzestexten oder Kommentarliteratur sowie die Vermittlung an spezifische Unterstützungsangebote oder Projekte in der Nähe der jeweiligen Vollzugsanstalt. Ein Beispiel sei die Vermittlung von Kontakten zu Suchtberatungsstellen genannt oder bei drohender Abschiebung zu örtlichen Flüchtlingsräten oder Initiativen vor Ort.

Inhaltlich bezogen sich viele Anfragen wie gewohnt auf das Thema der medizinischen Versorgung. Insbesondere chronisch kranke Inhaftierte berichteten von Schwierigkeiten beim Zugang zu ärztlich verordneten Schmerzmitteln. Es wurden auch wiederholt Probleme beim Zugang zu Hilfsmitteln wie Sehhilfen gemeldet.

Ein Dauerthema bleibt die Substitution hinter Gittern; wiederholt angesprochen wurde hier z.B. die Weigerung von Anstaltsärzten die Substitution nach Haftantritt fortzuführen oder der Umstand, dass Beikonsum unweigerlich zum Abbruch der Behandlung führte.

Im Vergleich zu früheren Jahren kommt in unseren Korrespondenzen – analog der demographischen Entwicklung – die Problematik Altern hinter Gitter häufiger zu Sprache. So besteht aktuell ein Briefwechsel mit einem über 80jährigen, u.a. mobilitätseingeschränkten Inhaftierten aus der JVA Werl, der sich Unterstützung bei der Verlegung in eine „altersgerechte“ JVA wünscht.

Mehrere Gefangene gaben an, von anderen Inhaftierten drangsaliert oder mit Gewalt bedroht worden zu sein und sich daher nun 'freiwillig' in Einzelhaft zu befinden. Die Konsequenz dieses Ausschlusses aus dem allgemeinen Vollzugsalltag ist der Verlust der Teilnahme an den wenigen verfügbaren sozialen Aktivitäten im Freizeit- und Arbeitsbereich. Dies betrifft beispielsweise einen Inhaftierten in der JVA Lübeck, der sich dort bereits seit einigen Monaten im sogenannten Sicherheitseinschluss befindet. Um auf diese Situation aufmerksam zu machen und den Wunsch des Gefangenen nach einer Verlegung in einen anderen Bereich der JVA zu unterstützen, wurde die Anstaltsleitung mehrmals kontaktiert; zeitnah soll nun ein Besuch vor Ort stattfinden.

Das Grundrechtekomitee kann und darf weiterhin keine Rechtsberatung durchführen. Vielversprechend ist daher die angestrebte Ausweitung der Zusammenarbeit mit dem Verein 'Tatort Zukunft', der unter anderem kostenfreie Rechtsberatung für Gefangene anbietet. In diesem Sommer haben wir vereinbart, den gemeinsamen Austausch zu verstärken, um bei unseren Zuschriften mit komplexeren rechtlichen Fragen nach gegenseitiger Rücksprache zur weiteren und längerfristigen Unterstützung Fälle an das Projekt weitervermitteln zu können.

Fragen und Anregungen nehme ich gerne direkt entgegen, per E-Mail an:

christianherrgesell@grundrechtekomitee.de